

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 81. Freitag, den 7. Oktober 1892.

Montag, den 10. d. M., $\frac{1}{2}$ 11 Uhr Vormittags gelangt in dem Dorfe Grumbach ein Wirtschaftswagen und 1 Pferd zur öffentlichen Versteigerung. Hiervon
sammlung in der Herzog'schen Gastwirthschaft daselbst.
Wilsdruff, am 5. Oktober 1892.

Busch, Ger.-Vollz.

Bekanntmachung.

Der diesjährige hiesige **Herbstmarkt** wird
Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. October
abgehalten.
Wilsdruff, den 1. October 1892.

Der Stadtrath.
Sicker, Brgmstr.

Was lehrt der jüdische Katchismus?

Folgendes sehr bemerkenswerthen Leitartikel, auf den auch
die Telegraphenbureauur besonders hinweisen, veröffentlicht heute
die „Kreuz-Zeitung“:

In der theoretischen Behandlung der Judenfrage ist
neuerdings eine eigenthümliche Wandlung eingetreten, die uns
gewisse Schlussfolgerungen und Nützanwendungen für unser
staatliches Rechtsleben aufzudrängt. Und wenn wir auch nicht
den Auftrag, noch die Absicht haben, die in der Öffentlichkeit
betriebene Agitation der ausschließlich antisemitischen Kreise
irgendwie zu beschränken, so ist doch einmal von dieser Seite eine
Frage auf die Tagesordnung gestellt worden, zu welcher Jeder-
mann Stellung nehmen muß, gleichviel, ob er jüdenfeindlich
oder jüdenfreundlich gesinnt ist. — Angeregt durch neuere
Arbeiten christlicher Kenner und Forscher der hebräischen Sprache
und des Talmuds, haben Witzliedler der antijüdischen Ver-
einigungen die in der That recht einfache Frage aufgeworfen:
„Dat unsere Regierung, bez. der Herr Minister der geistlichen
Angelegenheiten eine genaue Kenntniß dessen, was in den
jüdischen Religionschulen und in den jüdischen Katchismen
gelehrt wird?“ — Nach Ansicht der bezeichneten Forscher hat
das heutige Judenthum mit dem Alten Testament fast gar
nichts mehr zu thun, sondern haben die Lehren des Alten
Bundes für das jüdische Volk eigentlich nur noch einen ge-
schichtlichen Werth; dagegen seien die Quellen der jüdischen
Schriften der Rabbiner zu suchen, welche unter dem Sammelnamen
„Talmud“ zusammengefaßt werden. Der Inhalt dieser
Schriften aber war bis in die allerjüngste Zeit der überwiegenden
Mehrheit aller Nichtjuden völlig unbekannt, weshalb die
Behauptung gerechtfertigt ist, daß demnach auch unser deutsches
Volk über das innere Wesen der unter uns lebenden Ange-
hörigen des Judenthums nur höchst unvollkommen unterrichtet
war. Denn jeder deutsche Christ, welcher den Werth einer
Religion für das gesammte sittliche, wirtschaftliche und staat-
liche Leben eines Volkes anerkennt, wird auch zugestehen müssen,
daß die Eigenart der Juden, wie sie uns heute vor Augen
steht, im Wesentlichen ein Erzeugniß der jüdischen religiösen
Erziehung ist. Und da die Juden niemals Angehörigen eines
anderen Volkes einen Einfluß auf die Erziehung ihrer Volksgenossen
eingeräumt haben, und andererseits die jüdische Schule
keinen durchaus confessionellen Charakter — unter strengster
Abschließung vor jedem weltlichen oder staatlichen Einfluß —
bewahrt hat, so wird der innige Zusammenhang der jüdischen
Volkseigenart mit ihrer religiösen rabbinistischen Volkserziehung
nicht bestritten werden können. Und mögen sich nun auch in
den letzten Jahrzehnten zahlreiche Juden von dem strenggläubigen
Rabbinerthum losgerissen haben, so konnten sie doch damit nicht
die ganze Geistesrichtung abstreifen, in welcher sie und ihre
Väter erzogen wurden.

Wenn deshalb von ernsthaften, christlich-gesinnten deutschen
Forschern und Kennern des jüdischen Schriftthums — wir
denken dabei an die Professoren Bahrmund, Kohn, an Dr.
Weißbach, Dr. Eder, Gildemeister und Andere — in be-
kanntester Weise erklärt wird, daß es irrig sei, die Religions-
lehre der Juden, wie dieselbe heute in Deutschen Reich und
in den übrigen europäischen Staaten gelehrt wird, als auf die
Schriften und Lehren des Alten Testaments gegründet, anzu-
sehen, sondern das dieselbe heute in Deutschen Reich und
in den übrigen europäischen Staaten gelehrt wird, als auf die
Lehren des Talmuds seitens unseres Volkes und seitens der
Regierungen — eine rein-talmudistische, höchst ansehbare Ge-
heimlehre sei, so wird sich die Staatsgewalt dazu entschließen
müssen, diese Lehre behördlich zu prüfen. — Und wenn die ge-
nannten Männer fernerhin behaupten und den wissenschaftlichen
Nachweis dafür vor jeder behördlichen Stelle führen zu können
erklären, daß die heute in den bei uns staatlich gebildeten
jüdischen Religionschulen gebrauchten Katchismen Lehren ent-
halten, welche nicht nur alle nichtjüdischen, also auch die christ-
lichen Glaubensgemeinschaften in nicht wiederzugebender Weise
beschimpfen, sowie das christliche Ehe- und Familienleben als
sittliches Zusammenleben bezeichnen, sondern auch die ge-
schäftliche Uebervorthellung der Nichtjuden, den Wucher und
die Steuerhinterziehung gegenüber christlichen Staatsbehörden

bedingungsweise als zulässig erklären, ferner das gesammte
christliche Gerichtswesen verächtlich machen, den christlichen
Zeugeneid anzutasten wagen und endlich gar die Ablegung
eines Falsch- oder Meineids vor christlichen Richtern für Juden
unter gewissen Umständen als erlaubt darstellen, — so lehnen
wir zunächst einer Parteinahme ab, aber es verlangt die Selbst-
erhaltungspflicht unseres Staates, daß nicht lediglich dem
Widerpruch der Rabbiner Glauben geschenkt, sondern unver-
züglich eine umfassende amtliche Untersuchung eingeleitet werde,
um die Wahrheit in dieser Frage festzustellen.

Im Königreich Preußen ist es bisher Staatsgrundgesetz
gewesen, daß der Staatsgewalt die Oberaufsicht über die Lehren
jeder Glaubensgenossenschaft, sowie jeder anderen religiösen
oder antireligiösen Vereinigung zusteht. Dieser Grundsatz ist
stets mit aller Schärfe aufrecht erhalten worden; wir erinnern
nur an die Jesuitenfrage; deshalb dürfen wir wohl erwarten,
daß die königlich preussische Staatsregierung dem Judenthum
gegenüber nicht freiwillig auf dieses ihr grundlegendes Recht
verzichte. War das früher zulässig, in heutiger Zeit, wo die
Juden in Folge ihrer Emancipation maßgebende Stellungen
einnehmen und auf unser Staats- und Volksleben einen be-
deutenden Einfluß üben, ist ein solcher Verzicht ohne Gefährdung
des Staatsinteresses nicht mehr möglich.

Tagesgeschichte.

Nachdem die neue Militärvorlage zunächst im preussischen
Staatsministerium eingegangen ist, erscheint die in der Presse
aufgeworfene Frage nach der weiteren Behandlung des wichtigen
Entwurfes ganz begründet. In dieser Beziehung weiß nun
die „Nat.-Ztg.“ zu melden, daß die Militärvorlage dem
preussischen Staatsministerium nicht zur Abgabe eines Gut-
achtens, sondern lediglich „zur Kenntnismahme“ übermitteln
worden ist, zugleich mit der Mittheilung des Reichskanzlers, die
Einbringung des Entwurfes im Bundesrathe als Präsidialvor-
lage sei beschlossen. Den Bedenken, welche das genannte Blatt
gegen ein derartiges Verfahren äußert, wird indessen in einer
anscheinend offiziellen Bemerkung der „Nordd. Allg. Ztg.“ ent-
gegengesetzt. Es wird da betont, daß man mit der jetzigen
Vorlage nicht anders habe verfahren können, als mit allen
früheren Militärvorlagen. An der Fühlung der Reichsbehörden
mit den für wirtschaftliche und finanzielle Fragen kompetenten
Organen in Preußen habe es nicht gefehlt, und es habe auch
nicht die mindeste Differenz zwischen Preußen und dem Reiche
störend eingewirkt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ glaubt vielmehr
versichern zu können, daß das Reichskanzleramt bei der Ge-
staltung seiner Pläne im vollem Einvernehmen mit dem preussischen
Finanzministerium vorgegangen sei. Trotzdem scheint es, als
ob sich in Sachen der neuen Militärvorlage gar manches
Seltsame hinter den Regierungsschleusen abgespielt habe; vielleicht,
daß schon im Verlaufe der nächsten Wochen ein Lichtstrahl auf
diese politischen Coulissenfälle fällt.

Die am weitest gehenden Angaben über die infolge der
neuen Militärvorlage bevorstehende Verstärkung des deutschen
Heeres sollen künftighin übertrieben sein. Es heißt die bis-
herige Friedensstärke desselben, welche zur Zeit bekanntlich ca.
486 000 Mann beträgt, würde eine Erhöhung um etwa 90 000
Mann erfahren und zwar würde solche hauptsächlich bei der
Artillerie und dann bei der Cavallerie erfolgen. Die laufen-
den Nebekosten betragen für den Anfang, wie weiter versichert
wird, etwas über 60 Millionen Mark, später 65 Millionen
Mark, wozu noch die Verzinsung der auf 80 Millionen Mark
angegebenen, durch eine Anleihe zu deckenden einmaligen
Kosten kommt.

Unter officiösem Zeichen bringt die „Weser-Zeitung“
folgende Ansichten der Regierung: „Die Einführung der zwei-
jährigen Dienstzeit würde, falls sie zu Stande kommt, die tief-
greifendsten Einwirkungen auf das gesammte deutsche Heeres-
wesen ausüben. Alle anderen Neuerungen der letzten 20 Jahre
würden ihr gegenüber verschwinden. Der Dienst würde unver-
gleichlich anstrengender und intensiver, die Anforderungen an den
einzelnen Mann noch unvergleichlich höher werden müssen. Alle
die vielen Dienstleistungen, welche nicht direkt mit den militärischen
Zwecken in Verbindung stehen, zu denen aber heutzutage viele
Tausende von Soldaten herangezogen werden, würden wegfallen

müssen. Die zwei Jahre würden ohne jeden Abzug zur Aus-
bildung des Mannes verworhet werden müssen. Gleichzeitig
würde wohl aller Wahrscheinlichkeit nach auch so manches Stück
des althergebrachten Gamaschenbienstes über Bord fallen und
der Hauptnachdruck auf Ausbildung des Soldaten zum Kriege
gelegt werden. Die Reform wird somit auch nicht ohne Wirkungen
auf die Lage des Offiziercorps bleiben. Es dürfte dazu noch
der Umstand treten, daß auch die Kräfte des letzteren in noch
stärkerer Weise als bisher werden angestrengt werden müssen,
was raschere Dienstunfähigkeit der älteren Offiziere und schnelleres
Abnucement zur Folge haben könnte.

Berlin. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein geheimes
Schreiben der Oberpostdirektoren Griesbach und Kühl in Berlin,
in welchem die Postbeamten gebeten werden, für ihre von der
Cholera betroffenen Kollegen in Hamburg Geld zu sammeln.
Das Blatt kritisiert in schärfster Weise diesen Brief und bemerkt,
derselbe stehe im schroffsten Gegensatz zu einem Versprechen des
Herrn von Stephan, die betr. Postbeamten in Hamburg aus
Mitteln des Reichspostamtes zu unterstützen.

Es ist nicht ohne Interesse, mitzutheilen, daß beim Ober-
landesgericht in Posen als Rechtsanwältin vier Juden, 2 Polen
und kein einziger deutscher Christ fungiren.

Der Vorstand des Vereins zur Wälderung der Sonntags-
ruhe, der seinen Sitz in Köln hat, richtete eine Immediatena-
gabe an den Kaiser um baldige Wänderung der scharfen, den
soliden Geschäftsbetrieb unnötig störenden Bestimmungen über
die Sonntagsruhe. Eine mit 3005 Unterschriften von Inhabern
offener Geschäfte Kölns versehen Eingabe desselben Inhalts
ist an den Bundesrath abgegangen.

Die Zahl der täglichen Cholerafälle in Hamburg
sinkt jetzt beständig. Von Sonntag Mittag bis Montag Mittag
gelangten nur noch 26 Erkrankungen und 9 Todesfälle an
Cholera zur amtlichen Anmeldung.

Ueber ein Schiffsunglück, das sich auf der Riede in
Cuxhaven ereignet hat, berichtet der „Hamb. Korr.“ unterm
2. October folgendes: Gestern lag hier bei stürmischen und
regnerischem Wetter der spanische Dampfer „Daoiz“ vor Anker.
An Bord war mit Ausnahme der Wache Alles zur Ruhe ge-
gangen; der Oberlothe Westphoel, der das Schiff bis hierher
gebracht hatte, der Kapitän und der Steuermann hatten bereits
ihre Kojen aufgeschliffen. Da erfolgte plötzlich um etwa 11 Uhr
ein furchtbarer Krach; ein Dampfer, wie sich nachher heraus-
stellte, das abwärts kommende, von Hamburg nach Hull be-
stimmte englische Kompagnie „Buffy Bee“ hatte den „Daoiz“
angerannt und gerade am Logis getroffen. Infolge dessen wurden
der Lothe Westphoel, der Kapitän und der Steuermann todt
gequetscht, ein vierter Mann, dessen Fuß geklemmt wurde, ent-
ging nur dadurch einem schrecklichen Tode, daß der Dampfer
„Daoiz“ durchbrach und der Mann seinen Fuß frei bekam, so-
daß er gerettet werden konnte. Der spanische Dampfer, der
eine sehr werthvolle Ladung an Bord haben soll, bekam sofort
die Vorderabtheilung voll Wasser und mußte im Süßwasser bei
Kugelbaake an Grund gesetzt werden. Der „Buffy Bee“,
dessen Bug schwer beschädigt worden war, ging zuerst auf hiesiger
Riede vor Anker, dann aber zur Reparatur nach Hamburg
auf. Die übrige Mannschaft vom „Daoiz“, welche gerettet
worden ist, wurde hier gelandet und in Neumann's Gasthof
„Zur Stadt Hamburg“ vorläufig einquartiert. Um womöglich
noch einen Theil der werthvollen Ladung des Dampfers „Daoiz“
zu retten, ging der Schleppdampfer „Telegraph“ mit dem Ewer
„Geinrich Wilhelm“ heute Morgen nach der Unglücksstelle aus,
sah aber den spanischen Dampfer bereits an Grund gesunken.
Die Kosten des wahrscheinlich verlorenen Schiffes sind bei der
Ebbe von hier aus sichtbar. Die gerettete Mannschaft vom
„Daoiz“ spühlte heute wehmüthig nach den letzten sichtbaren
Resten ihres Schiffes vom Deck und der „alten Liebe“ aus
hin. Die Theilnahme mit dem Geschehe der Schiffbrüchigen ist
hier eine allgemeine und tiefe.

Mit freudiger Genugthuung haben die Friedensfreunde in
ganz Europa die friedeliebenden Worte vernommen, welche
Kaiser Franz Josef am Montag beim Empfang der Dele-
gationspräsidenten gesprochen, in Erwiderung auf die Ansprachen
des Herrn v. Chlumetz und des Grafen Tisza. Die Er-
widerung des Monarchen bezeichnet die allgemeine Lage seit